

Technikkonflikte managen – aber wie?

In Kürze

- Technikkonflikte haben die Politik in der Vergangenheit vor große Probleme gestellt, man denke nur an die Auseinandersetzungen um die Kernkraft oder, etwas später, um die grüne Gentechnik.
- Technikkonflikte spielen sich oft jenseits der gewohnten politischen Koordinaten von „links“ und „rechts“ ab. Oft wird um die Akzeptanz von Risiken gestritten oder aber um die moralische Vertretbarkeit von Forschung und Technik.
- Aktuelle Technikkonflikte spielen sich weniger in der Öffentlichkeit oder in den Parlamenten ab, sondern vielmehr in Expertengremien und Forschungskreisen. Beispiele sind die Nanotechnologie oder die Biomedizin.
- Die Politik sollte im Sinne einer „Demokratisierung“ von Technikfragen dafür Sorge tragen, mittels geeigneter Beteiligungs- und Deliberationsformate die Debatte über (zukünftige) Technologien öffentlich zu führen.

Worum geht es?

Technikkonflikte haben tiefe Spuren in modernen Gesellschaften hinterlassen. In den Kontroversen um die Atomkraft oder um die grüne Gentechnik gerieten etablierte Politikmuster und Institutionen unter Druck. Aus dem Protest heraus formierten sich neue, politikrelevante Akteure. Es entstanden Bewegungsorganisationen bzw. NGOs, die sich professionalisierten und mithilfe eigener Expertise den Streit um die Höhe und die Akzeptabilität von Risiken anfahten. Ja, es kam zur

Gründung „grüner“ Parteien, die sich der Kritik des westlichen Fortschritts- und Wachstumsmodells verschrieben.

Ein wichtiger Auslöser dieses politischen Wandels waren die gesellschaftlichen Kontroversen um Technologien. In diesen Technikkonflikten ging (und geht) es vorrangig um das Thema Risiko. Das heißt, es waren reale oder vermutete Risiken, die auf eine breite Öffentlichkeit alarmierend wirkten. Die besorgten Bürger fragten: Sind gentechnisch veränderte Organismus ein Risiko für die Umwelt oder die menschliche Gesundheit? Wie hoch ist das Risiko für einen Super-GAU?

In gegenwärtigen Technikkonflikten wird oft über das moralisch Vertretbare gestritten und nicht vorrangig über Risiken. Es kommt, mit anderen Worten, zu einer „Ethisierung“ von Technikkonflikten. Im Mittelpunkt steht die Frage: Dürfen wir das, was wir können? Wo müssen wir der Forschung Grenzen ziehen? Beispiele für derartige Kontroversen sind die Stammzellforschung oder die Präimplantationsdiagnostik.

Diese Kontroversen sind durch ihre Abstraktheit geprägt: Sie beziehen sich auf Themen, die wenig Berührungspunkte zu lebensweltlichen Erfahrungen haben und daher kaum Anlass für konkrete Sorge und Betroffenheit geben. Und: Sie spielen sich – mangels Betroffenheit und Interesse einer breiteren Öffentlichkeit – vor allem in Expertengremien und Forscherkreisen ab. Bürger gehen nicht auf die Barrikaden, sondern nehmen maximal an Beteiligungsexperimenten teil, die aus der Forschung heraus initiiert werden.



Proteste gegen die Gentechnik © DDAP

Die zentrale Frage lautet daher: Was ändert sich (für die Politik, für die Öffentlichkeit, für die Wissenschaft selbst) wenn über Nutzen und Gefahren von Wissenschaft und Technik in den Bahnen der Ethik nachgedacht wird? Konkret: Wer darf mitreden? Wessen Wissen wird in diesen Streitfragen relevant? Und wie lassen sich politische Entscheidungen legitimieren?

Eckdaten

Projekttitlel:	Soziologie bioethischer Expertise
Projektteam:	A. Bogner (ITA Wien)
Laufzeit:	01/2009 – 12/2009
Auftraggeber:	ÖAW (APART-Stipendium)

Wesentliche Ergebnisse

- Auf der Ebene der Konfliktaushandlung kommt der Öffentlichkeit eine hervorgehobene Rolle zu. Eine Vielzahl von Partizipationsformaten zielt darauf, eine breitere Öffentlichkeit für die jeweilige Problematik zu interessieren und in Deliberationsprozesse einzubeziehen.
- Auf der Ebene der Politikberatung: Es kommt zur Gründung neuartiger Beratungsgremien (nationale Ethikräte). Diese interdisziplinären Ethikräte bilden im Idealfall den real existierenden Wertpluralismus im Kleinformate ab. Die Bedeutung dieser Kommissionen liegt nicht im Erarbeiten von Konsens, sondern in der Anerkennung des Dissenses.
- Auf der politischen Entscheidungsebene setzen sich neue Legitimationsformeln durch: In bioethischen Fragen wird das individuelle Gewissen zur maßgeblichen Legitimationsinstanz. Der Rekurs auf Expertenwissen oder den Parteistandpunkt ist nicht ausreichend bzw. erscheint als deplatziert.



Bürgerkonferenz zur Stammzellforschung in Berlin

All dies verweist darauf, dass sich im Zuge einer Ethisierung von Technikkonflikten neuartige Konstellationen zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik etablieren. Die Wissenschaft sieht sich gezwungen, mit der Öffentlichkeit zu rechnen. Denn Partizipation wird zum Gebot der Stunde, wenn vorrangig um Werte gestritten wird. Denn: Wen kann man mit guten Gründen ausschließen, wenn es eben nicht um Wissens- sondern um Wertfragen geht?

Was tun?

Im Zuge der Ethisierung von Technikkonflikten stellt sich für die klassische Institutionenpolitik eine Reihe neuer Herausforderungen:

- Gerade in regulierungsrelevanten Fragen wie der PID oder der Stammzellforschung ist eine parlamentarische Befassung mit diesen Themen angeraten. Das Parlament ist eine wichtige Bühne für die Popularisierung dieser schwierigen Themen. Gerade in Österreich sind Parlamentsdebatten zu bioethischen Fragen aber Mangelware.
- Bei der Einsetzung von Beratungsgremien sollte die Politik auf weltanschauliche Heterogenität und Interdisziplinarität achten. Expertenempfehlungen sind nur dann glaubwürdig und legitim, wenn sie die real existierende Vielfalt von Wertstandpunkten abbilden. Im Sinne einer „Demokratisierung“ von Technikfragen sollten Expertengremien außerdem in der Initiierung bzw. Moderation öffentlicher Debatten unterstützt werden.
- Die öffentliche Debatte muss auf vielen Ebenen geführt werden. Beteiligungsformate, wie sie in der Technikfolgenabschätzung entwickelt wurden, sind dabei eine wichtige Hilfe. Allerdings gilt es darauf zu achten, dass die Zielsetzungen von Beteiligungsverfahren klar definiert sind, genügend Freiraum für die Generierung neuer Perspektiven gewährleistet ist und eine gewisse politische Resonanz absehbar ist.

Zum Weiterlesen

A. Bogner (2011): Die Ethisierung von Technikkonflikten. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft

Kontakt

PD. Dr. Alexander Bogner

E-mail: tamail@oeaw.ac.at

Telefon: +43(1)51581-6582

